



Als Konsequenz aus den jüngsten Ereignissen fordert die AfD-Rathausfraktion mit ihrem Antrag zur Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2019 ein Bekenntnis aller Stadtverordneten zur zukünftigen parteipolitischen Neutralität bei der Besetzung von lukrativen Geschäftsführer-Posten bei den städtischen Gesellschaften.

Es wird sich zeigen, ob die Stadtverordneten am 14. Februar 2019 mit der Zustimmung zum Antrag der AfD-Fraktion im Plenum ein klares Zeichen setzen werden.

DIE RESOLUTION IM WORTLAUT:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die zu besetzenden Positionen der beiden Geschäftsführer für die WVV Holding bundesweit ausgeschrieben werden, Bewerber ausschließlich nach ihrer Qualifikation beurteilt werden und etwaige Parteizugehörigkeiten für die Auswahl keine Rolle spielen.

Darüber hinaus wollen wir, die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden, mit dieser Resolution ein Zeichen setzen und erklären ausdrücklich unseren Wunsch und unsere Hoffnung, Geschäftsführerpositionen mögen zukünftig mit unabhängigen Bewerbern und nicht nach Parteibuch besetzt werden.

Wir halten wir es nach den jüngsten Ereignissen für geboten, unabhängig von der rechtlichen Aufarbeitung und Bewertung der Vorgänge in den städtischen Gesellschaften und zwischen einzelnen Betroffenen, dafür Sorge zu tragen, daß die Beziehungen der Landeshauptstadt zu den Geschäftsführungen ihrer Gesellschaften zukünftig in dem unzweifelhaften Ruf stehen, ausschließlich dem Wohl und Nutzen der Wiesbadener Bürger zu dienen.